

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 11/2012 vom 22. November 2012, 17:00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach

Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Ernst Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Finanzverwalter Daniel Wegmüller (Traktanden 69 und 70)

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollführerin Alexandra Bachmann

Entschuldigt

Stadtrat Serge Lanz und Nora Läng

Schluss der Sitzung

17:55 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt *Christine Buchs (FDP)* als Ersatzstimmenzählerin für den abwesenden Stimmenzähler Serge Lanz (FDP) vor.

Der Rat wählt Christine Buchs (FDP) stillschweigend als Ersatzstimmenzählerin.

67. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. Oktober 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

68. Rechtsetzung: Neue Rechtsgrundlage für die Hundetaxe

Ergänzung des Ortspolizeireglements mit einer entsprechenden Bestimmung

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2012

Gemeinderat Peter Siegenthaler korrigiert den Antrag des Gemeinderates. In Artikel 25b Absatz 1 des Ortspolizeireglements soll es heissen: "Taxpflichtig sind die Halter und Halterinnen, die am 1. August Wohnsitz in Thun haben". Damit bleibt die Regelung dieselbe wie bis anhin.

Matthias Wiedmer, **SAKO Si+So**, informiert, dass die Hundetaxe inhaltlich gleich geregelt wird wie bis anhin. Neu ist nur, dass das kantonale Gesetz aufgehoben wurde und nun eine Regelung auf kommunaler Ebene notwendig ist. Die Kommission empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Die **SVP-Fraktion** stimmt der Änderung ebenfalls einstimmig zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 13 des kantonalen Hundegesetzes vom 27. März 2012 sowie Artikel 38 a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2012, beschliesst:

1. Die Teilrevision des Ortspolizeireglements betreffend Hundetaxe wird genehmigt und auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

69. Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde Thun

A. Eintretensdebatte (inkl. Aufgaben- und Finanzplan)

B. Detailberatung und Beschlussfassung Voranschlag (ohne AFP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 19/2012

A. Eintretensdebatte (inkl. Aufgaben- und Finanzplan)

Konrad Hädener spricht für die **BRK**. Vor drei Jahren hatte er anlässlich des Budgets 2010 Zweifel, dass das Rechnungsgleichgewicht wiedererlangt worden und der Schuldenabbau möglich geworden sei, ohne die Investitionen zu vernachlässigen. Dies hat sich nun bestätigt. Die Investitionen wurden aufgeschoben. Nun besteht ein deutlicher Nachholbedarf. Die vorgelegte ausgeglichene Rechnung freut, ist aber bei einem Selbstfinanzierungsgrad von 60 % nicht gut genug. Bei den anstehenden Investitionen werden im Jahr Fremdmittel von rund 20 Mio. Franken notwendig sein. Die städtischen Schulden werden darum in den nächsten Jahren sprunghaft steigen, ohne dass man etwas machen kann. Zu lange hat die Stadt beim Unterhalt und den Investitionskosten gespart. Notwendig ist über längere Zeit ein höherer freier Mitelfluss aus der laufenden Rechnung. Im Moment gibt es keinen Spielraum mehr. Es gibt in dieser Situation somit keinen Anlass, weniger zu sparen oder die Steuern zu senken. Unter den gegebenen Voraussetzungen - mit den grossen Investitionen und Folgekosten - ist eine ausgeglichene Rechnung 2013 sehr achtbar. Bei der Steuerprognose ist Zurückhaltung angezeigt. Die BRK empfiehlt einstimmig das Eintreten auf die Vorlage und die Annahme des Voranschlages.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, bedankt sich für die guten Unterlagen. Die Fraktion wird dem Budget zustimmen. Ein Lichtblick sind die kontinuierlich sinkenden Schuldzinsen. Doch bald stehen grössere Investitionen an und die Verschuldung wird ansteigen. Die Fraktion wünscht vom Gemeinderat, dass dieser bei Investitionen die hiesigen Unternehmen berücksichtigt, damit die Wertschöpfung in der Region bleibt. Laut Aufgaben- und Finanzplan (AFP) soll eine ausgeglichene Rechnung bei gleich bleibenden Steuereinnahmen erreicht werden. Dieses Ziel bedarf einer ständigen Überprüfung der Ausgaben. Der finanzielle Spielraum der Stadt ist auch aufgrund kantonaler Entscheide eng. Dies und die vorgesehenen Investitionen und Unterhaltsarbeiten in den Bereichen Sport, Bildung und Verkehr führen zu einer steigenden Verschuldung. Diese Verschuldung ist aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen aber akzeptabel.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, freut einerseits das ausgeglichene und realistische Budget und ist andererseits in grosser Sorge, weil sich die von der Stadt nicht beeinflussbaren Aufwände und Steuereinnahmen immer weiter auseinander entwickeln. Es stehen grosse Investitionen im Bildungs- und Verkehrsreich an. Unter diesen Voraussetzungen ist die budgetierte Teuerungszulage beim Personal nicht verständlich, da im Moment eher von einer Minusteuerung auszugehen ist. Es handelt sich somit um eine Realloohnerhöhung. Die BDP fordert in Anbetracht der heutigen Situation keine Steuersenkungen. Sie stellt weiter fest, dass die Stadt die vorhandenen Mittel sinnvoll einsetzt. Die Angebote der Stadt tragen viel zur hohen Lebensqualität der Stadt bei. Die BDP wird dem Budget zustimmen. Beim AFP gibt es viele Unsicherheiten. Es wird schwierig sein, in den nächsten Jahren ausgeglichene Budgets zu präsentieren. Die geplanten Investitionen sind notwendig. Die Fraktion erachtet den AFP 2013 - 2016 als zielführend und nimmt ihn wohlwollend zur Kenntnis.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion dem Voranschlag zustimmt. Die Annahmen sind nachvollziehbar und die restriktiven Budgetvorgaben sind sinnvoll. Schlecht sind die Steuerkraft und der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt sowie die hohen Kosten, die aufgrund des Lastenausgleichs anfallen. Diese Zahlungen schränken den finanziellen Spielraum der Stadt stark ein. Die Fraktion wird neue Ausgaben weiterhin kritisch hinterfragen. Sie erwartet vom Gemeinderat, dass er die finanzielle Tragbarkeit von Geschäften noch besser aufzeigt. Eine Steuersenkung wäre nur bei einem Verzicht auf bestehende und neue Aufgaben möglich.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass die Stadt in den letzten Jahren nur gute Rechnungen vorweisen konnte, weil sie wenige Investitionen getätigt hat. Der Abbau von Schulden durch Landverkäufe war nicht nachhaltig. In der nächsten Rechnungsperiode wird die Stadt nun 20 Mio. Schulden machen müssen, um die aufgeschobenen Investitionen zu tätigen. Die Fraktion findet, dass der Gemeinderat von realistischen Vorgaben beim Voranschlag ausgeht und stimmt dem Voranschlag zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist erfreut über den ausgeglichenen Voranschlag, auch wenn dieser wohl etwas optimistisch ist. Besorgt ist die Fraktion über die Auswirkungen der Wirtschaftssituation auf die Finanzen der Stadt. Insbesondere bei den juristischen Personen muss wohl mit weniger Einnahmen

gerechnet werden. Überdurchschnittliche Investitionen und Unterhaltsarbeiten stehen an. Der Stadtrat hat diesen Projekten bereits zugestimmt. Er stellt fest, dass politische Entscheidungen zur Verlagerung von Aufgaben von den Gemeinden zum Kanton führten und nicht ein Naturgesetz. Diese Entscheidungen haben nun für die Stadt finanzielle Auswirkungen. Es ist an den Politikern auf kantonaler Ebene, den Spielraum der Gemeinden zu bewahren. Der AFP zeigt auf, dass die Entwicklung weniger rosig ist als auch schon. Es gibt keinen Spielraum für Steuersenkungen. Es wäre angemessen, den entsprechenden Vorstoss zurückzuziehen.

Lukas Lanzrein (SVP) antwortet Stadtrat Thomas Hiltbold. Es ist richtig, dass die Finanzlage ein Ergebnis von politischen Entscheiden ist. Tatsache ist auch, dass die Meinungen auseinander gehen, welche Aufgabe die öffentliche Hand übernehmen soll. Die SVP will mit ihrem Vorstoss eine Steuersenkung erreichen. Dies ist natürlich nur möglich, wenn die Stadt auf Aufgaben verzichtet und diese Privaten überlässt. Die SVP verzichtet aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat, Anträge zum Verzicht von Aufgaben in der jetzt laufenden Budgetdebatte zu stellen.

Stadtpräsident Raphael Lanz gibt zu Bedenken, dass es für den Gemeinderat eine grosse Arbeit war, einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren. Prognosen bezüglich Steuereinnahmen sind sehr schwierig. Der Gemeinderat wird darum laufend Anpassungen vornehmen. Es wäre denkbar, dass die Stadt bis Ende Jahr eine Verschuldung von unter 100 Mio. Franken erreichen könnte. Wenn aber die notwendigen Investitionen getätigt werden, wird dieses Niveau nicht gehalten werden können. Es muss also abgewogen werden, was wichtiger ist. Die Teuerungszulage für das Personal ist eine Planzahl. Es wurde noch kein Beschluss gefasst. Der Gemeinderat wird beim Gehaltsentscheid aber neben der Teuerung auch andere Aspekte wie die erhöhten Pensionskassenbeiträge berücksichtigen. Wenn der Kanton gewisse Angebote nicht mehr finanziert, besteht die Gefahr, dass die Gemeinden in die Bresche springen müssen. Diese Entwicklung wird sich tendenziell verstärken. Er dankt dem Rat im Namen des Gemeinderates für die gute Aufnahme des Geschäftes. Der Gemeinderat wird versuchen, die Balance zwischen notwendigen Investitionen und Schulden zu halten.

Der Rat stimmt dem Eintreten stillschweigend zu.

B. Detailberatung und Beschlussfassung Voranschlag (ohne AFP)

Keine Wortmeldungen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. a, Artikel 40 lit. b und Artikel 65 Stadtverfassung, nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. September 2012, beschliesst:

1. Der Voranschlag 2013 der Stadt Thun, mit einem Aufwand von Fr. 273'912'000.- und einem Ertrag von Fr. 273'912'000.- ausgeglichen abschliessend, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2013 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze
 - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 125'000.- als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Stiftung Kinderkrippe (Kinderkrippe und Kita Schönau), für die Jahre 2013 und 2014.
4. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 104'000.- als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Tagi Thun GmbH, für die Jahre 2013 und 2014.

5. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung. Kommt dieses zustande, so ist der Gemeinderat ermächtigt, die Abstimmungsbotschaft zu verfassen.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

70. Aufgaben- und Finanzplan 2013 bis 2016 (AFP)

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates Nr. 20/2012

Konrad Hädener, **BRK**, weist auf den ungewöhnlich hohen Investitionsbedarf von 150 Mio. Franken und die damit verbundene Neuverschuldung hin. Schmerzlindernd sind die tiefen Kapitalmarktzinsen. Fraglich sind für die BRK die Planergebnisse auf Seite 32 des AFP sowie die Steuerprognosen auf Seite 36 des AFP. Die BRK bezweifelt ausserdem, dass die Steuererträge der juristischen Personen mittelfristig steigen, wie der Gemeinderat dies angenommen hat. Persönlich erwartet er, dass der Gemeinderat die Personalkosten stabilisiert. Die Erwartungen des Personals an eine anstehende Revision des Salärsystems müssen früh gedämpft werden. Die BRK empfiehlt einstimmig, den AFP zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. September 2012, beschliesst:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2013 bis 2016 wird zur Kenntnis genommen.

71. Fragestunde

Frage F 8/2012 betreffend Gesamtplanung Sanierung Schulhäuser; FDP.Die Liberalen vom 20. November 2012; Beantwortung

Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich auf.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Remo Berlinger liest das Demissionsschreiben von Claudine Beutler (SP) vor. Sie tritt nach gut drei Jahren auf den 31. Dezember 2012 aus dem Stadtrat zurück. Die Verdankung und Verabschiedung erfolgt an der nächsten Sitzung.

Eingänge

- Postulat betreffend Konzept zur Siedlungsentwicklung nach Innen; Fraktionen Grüne und SP vom 22. November 2012
- Interpellation betreffend "Blütenreich" und Leistungsangebot der Stadt Thun; SVP-Fraktion vom 22. November 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger